

Datenschutzhinweis

Information zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Schweitzer-Chemie GmbH im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens bezüglich des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Die Schweitzer-Chemie GmbH nimmt den Schutz von personenbezogenen Daten sehr ernst. Diese Information erläutert, welche personenbezogenen Daten wir bei der Nutzung des Beschwerdeverfahrens von Ihnen erheben und wie wir sie verwenden. Die Einhaltung der geltenden Datenschutzvorschriften stellen wir durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen sicher.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die

Schweitzer-Chemie GmbH
Benzstraße 12
71691 Freiberg am Neckar

Telefon 07141 68881-0
Telefax 07141 68881-66
E-Mail-Adresse info@schweitzer-chemie.de

2. Wie sind die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten?

Unseren Datenschutzbeauftragten Holger Zürn, audiuss GmbH erreichen Sie unter der o.g. Adresse oder unter: datenschutz@schweitzer-chemie.de.

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Das Beschwerdeverfahren ermöglicht es Ihnen, mit uns in Verbindung zu treten um auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie auf Verletzungen menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten hinzuweisen, die durch unser wirtschaftliches Handeln im eigenen Geschäftsbereich oder eines unmittelbaren Zulieferers entstanden sind.

Dies ist vollständig anonym – ohne Angabe von personenbezogenen Daten – möglich aber auch unter Angabe Ihres Namens und weiterer Kontaktdaten.

Dazu betreiben wir ein sogenanntes Beschwerdeverfahren. Wir prüfen die über das Beschwerdeverfahren gemachte Meldung und untersuchen die mutmaßlichen Compliance- und Rechtsverstöße. Hierbei kann es vorkommen, dass wir Rückfragen an Sie haben. Dafür nutzen wir ausschließlich die Kommunikation über das Beschwerdeverfahren. Hierbei steht für uns die Vertraulichkeit der von Ihnen gemachten Angaben an erster Stelle – unabhängig davon, ob Sie anonym gemeldet haben, oder nicht.

Haben Sie personenbezogene Daten angegeben, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die interne Meldestelle Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO i. V. m. §8 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG).

Demnach sind wir befugt personenbezogene Daten zu verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung des LkSG notwendig ist.

In manchen Fällen ist es notwendig, dass sich nicht nur die interne Stelle mit den Hinweisen beschäftigt, sondern auch die tatsächlich zuständige Stelle im Unternehmen. Sofern Sie personenbezogene Daten angegeben haben, können diese an weitere Stellen im Unternehmen weitergegeben werden, wenn dies zur Ergreifung von Folgemaßnahmen notwendig oder im Rahmen interner Untersuchungen erforderlich ist.

Auf Verlangen dürfen personenbezogenen Daten – sofern angegeben – an Behörden weitergegeben werden. Rechtsgrundlage für die Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Behörden ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO i. V. m. § 17 Abs. 2 Nr. 2 LkSG.

Zudem verwenden wir ihre personenbezogenen Daten in anonymisierter Form zu statistischen Zwecken.

Wir beabsichtigen nicht, Ihre personenbezogenen Daten zu anderen als den oben aufgeführten Zwecken zu verwenden. Andernfalls werden wir vorgängig eine entsprechende Einwilligung bei Ihnen einholen.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Grundsätzlich ist die Nutzung des Beschwerdeverfahrens ohne die Angabe personenbezogener Daten möglich. Sie können jedoch im Rahmen des Beschwerdeverfahrens freiwillig personenbezogene Daten bekanntgeben, insbesondere Angaben zu Ihrer Identität, Vor- und Nachname, Telefonnummer oder E-Mail-Adresse.

Grundsätzlich erfragen und verarbeiten wir keine besonderen Kategorien personenbezogener Daten, bspw. Informationen zur rassischen und/oder ethnischen Herkunft, religiöser und/oder weltanschaulicher Überzeugung, Gewerkschaftszugehörigkeit oder sexueller Orientierung. Aufgrund freier Textfelder im Meldeformular können solche besonderen Kategorien personenbezogener Daten jedoch freiwillig von Ihnen bekanntgegeben werden.

Der von Ihnen gegebene Hinweis kann darüber hinaus personenbezogene Daten Dritter enthalten, auf die Sie sich

in Ihrem Hinweis beziehen. Betroffene Personen erhalten die Möglichkeit, sich zu den Hinweisen zu äußern. In diesem Fall werden wir die betroffenen Personen über den Hinweis informieren. Auch in diesem Fall ist Ihre Vertraulichkeit gewahrt, da der betroffenen Person – soweit rechtlich möglich – keine Angaben zu Ihrer Identität gemacht werden und Ihr Hinweis so verwendet wird, dass Ihre Anonymität nicht gefährdet ist.

5. Quellen der Daten

Wir verarbeiten personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen des Beschwerdeverfahrens erhalten.

6. Empfänger der Daten

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur die Personen und Stellen (z. B. Fachbereich) Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen.

Eine Einsichtnahme der gespeicherten Daten ist ausschließlich durch speziell hierfür autorisierte Personen möglich. Alle zur Einsichtnahme autorisierten Personen sind ausdrücklich zur Vertraulichkeit verpflichtet.

Zur Erfüllung des hiervoor genannten Zwecks kann es zudem erforderlich sein, dass wir Ihre personenbezogenen Daten an externe Stellen wie Anwaltskanzleien, Straf- oder Wettbewerbsbehörden innerhalb der Europäischen Union übermitteln.

Sofern wir Ihre personenbezogenen Daten intern oder extern weitergeben, wird mittels interner Datenschutzregelungen und/oder entsprechender vertraglicher Vereinbarungen ein einheitliches Datenschutzniveau sichergestellt.

Schließlich nutzen wir zur Bereitstellung des Beschwerdeverfahrens den externen Dienstleister SafeCall. Mit diesem haben wir entsprechende Vereinbarung zur Sicherstellung des Datenschutzes abgeschlossen.

7. Übermittlung in ein Drittland

Unser externer Dienstleister SafeCall hat seinen Firmensitz im Vereinigten Königreich (UK). Für die Datenübermittlung personenbezogener Daten an das Vereinigte Königreich existiert ein Angemessenheitsbeschluss der EU.

8. Dauer der Datenspeicherung

Gemäß § 10 Abs. 1 LkSG speichern wir Ihre Daten bis sieben Jahre nach Abschluss des Verfahrens. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, wie etwa Aufbewahrungspflichten, vorgesehen wurde. Anschließend

werden sämtliche personenbezogenen Daten gelöscht oder anonymisiert.

9. Ihre Rechte

Sie - als betroffene Person - können unter der o.g. Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen (Art. 15 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Art 16 DS-GVO) oder die Löschung (Art. 17 DS-GVO) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 18 DS-GVO) sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten (Art. 20 DS-GVO) in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Widerspruch

Soweit Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Wir verarbeiten diese Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen. Diese müssen Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung muss der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Widerruf

Werden Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet, haben Sie das Recht, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW)

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 - 61 55 41 – 0

Telefax: 0711 - 61 55 41 – 15

<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>

10. Erforderlichkeit der Bereitstellung personenbezogener Daten

Grundsätzlich ist die Nutzung des Beschwerdeverfahrens ohne die Angabe personenbezogener Daten möglich.

11. Automatisierte Entscheidungsfindung

Im Rahmen des Beschwerdeverfahrens nutzen wir keinerlei automatisierte Entscheidungsfindung.